

Abstracts der Tagung 2010

Brodbeck, Karl-Heinz, FH Würzburg: Kann das Geld abgeschafft werden? Anmerkungen zum Hauptmedium der Vergesellschaftung in der Moderne

„Das Geld muss abgeschafft werden“, meinte Wilhelm Weitling am Anfang der sozialistischen Bewegung, und Friedrich Engels postulierte für den Sozialismus: „Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ‚Werts‘“. Es gab Gesellschaftsformen ohne erkennbare Geldrechnung. Wäre also die Abschaffung des Geldes nicht die konsequente, wirklich radikale Lösung aller Probleme, die Finanzmärkte und Geldgier global verursachen? Vom naiven Zugang zu dieser Frage trennt uns heute die Erfahrung mit dem Experiment einer Abschaffung des Geldes im Sozialismus. Liberale Autoren wie Ludwig von Mises haben das Geld sogar in der menschlichen Vernunft verortet und die Forderung nach seiner Abschaffung als einen Rückfall in die Barbarei betrachtet. Zwischen diesen beiden Extremen wurden moderate Lösungen vorgeschlagen, wie jene, die Märkte und die Geldprozesse zu regulieren, um die Vorzüge des Geldes zu nutzen und seine Nachteile zu beschränken. All diese Vorschläge greifen insofern zu kurz, als das Geld als spezifische Form menschlicher Vergesellschaftung nicht tatsächlich in den Blick kommt. Der moderne Kapitalismus operiert nur auf der Ebene des Geldes; es gibt keine darunter liegende, die Geldprozesse „von unten“ beschränkende Ebene der Realwirtschaft oder der realen Werte, wie Neoklassik und Marxismus gemeinsam behaupten. Erst wenn die Dimension der Geldökonomie unter diesem Aspekt wirklich erfasst wird, lässt sich die im Titel gestellte Frage präzise stellen. Eine Antwort a priori darauf zu versuchen, ist dagegen aus – näher darzustellenden Gründen – nicht möglich.

Dürmeier, Thomas: Macht und Sprache in einer pluralen Mikroökonomie. Beschreibungselemente des heutigen Kapitalismus zwischen Globalisierung und Finalisierung

Die heutige Modellökonomie ist stark durch die neoklassische Mikroökonomie geprägt, doch haben alternative Traditionen wie in einer Neuen Mikroökonomie (Weise et al. 2005) oder innovative Ansätze wie z.B. Herrmann-Pillath (2009) theoretische Auswege aufgezeigt. Macht und Sprache sind zwei zentrale Leerstellen in der ökonomischen Theorie, um den heutigen Kapitalismus zu verstehen. Aus meiner mikroökonomischen Analyse von Macht und Sprache in der Tradition von Amartya Sen und Pierre Bourdieu lässt sich die heutige Gesellschaft weitergehend als in der orthodoxen Ökonomie beschreiben (vgl. Dürmeier 2009, 2008). Erkenntnisse von Performativität (ua. MacKenzie 2008), Kritischem Realismus (ua. Downward 2003), Kritischer Institutionenökonomie (Hodgson 1993), Poststrukturalismus (Agger 1991), Regulationstheorie (Brand/Raza 2003) oder (Neuer) Wirtschaftssoziologie (ua. Dobbin 2004) können an ein plurales und mikroökonomisches Bild Anknüpfungspunkte finden. Am Beispiel von „decent work“ zwischen Sprache, Tausch und Macht soll dies skizzenhaft verdeutlicht werden.

Literaturverweise:

- Brand, Ulrich und Raza, Werner G. (2003): Fit für den Postfordismus?: Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.
- Dobbin, Frank Richardson (2004): The New Economic Sociology: A Reader, Princeton, NJ: Princeton University Press. Downward, Paul (2003): Applied Economics and the Critical Realist Critique, London [u.a.]: Routledge.
- Dürmeier, Thomas (2008): Die asymmetrische Geschichte der Kategorie Macht in der Ökonomie, In: Berger, Johannes und Nutzinger Hans G., : Macht oder ökonomisches Gesetz? Jahrbuch für Ökonomie und Gesellschaft Nr. 21, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 121-150.
- Dürmeier, Thomas (2009): „Demokratische Dilemmata in ungleichen Machtressourcen: Politische Folgerungen aus einer neuen Machtökonomie mit Amartya Sen“, In: Kurswechsel, Nr. 1, S. 22-30.
- Herrmann-Pillath, Carsten (2009): „A Neurolinguistic Approach to Performativity in Economics“, In: Frankfurt School Working Paper Series 123.
- Hodgson, Geoffrey Martin (1993): The Economics of Institutions, Aldershot: Edward Elgar.

- MacKenzie, Donald A. (2008): An Engine, not a Camera: How Financial Models Shape Markets, Cambridge [u.a.]: MIT Press.
- Weise, Peter; Brandes, Wolfgang; Eger, Thomas und Kraft, Manfred (2005): Neue Mikroökonomie, Heidelberg: Physica-Verlag.

Grisold, Andrea, Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie Wirtschaftsuniversität Wien: Zwischen Zählung und Entfaltung. Gesellschaftliche Regulation als zentrales Element ökonomischer Funktionsweisen

Ausgehend vom Widerspruch des Kapitalismus, einerseits menschliche Energie mobilisieren und in Wachstum übersetzen zu können, nicht aber den Zusammenprall von konfligierenden individuellen Interessen in ein kohärentes (globales) System zu transformieren, stellt die Regulationstheorie dar, dass es nicht vorrangig (oder gar ausschließlich) Marktprozesse sind, die die ökonomische Entwicklung anleiten, sondern gesellschaftliche Mechanismen der Regulation zentral sind für die Funktionsweise von Ökonomien. Diese notwendigen Steuerungen können unterschiedliche Ausrichtungen haben, sowohl zur Zählung als auch zur Entfaltung des Kapitalismus eingesetzt werden.

Die Regulationstheorie thematisiert somit die Problematik der Veränderung der Makrostrukturen von modernen kapitalistischen Ökonomien in langfristigen Zusammenhängen und bietet nach dem allseits proklamierten Ende der Grand Theories eine modifizierte, adaptive und diversifizierte Variante derselben, einen Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche historische Phasen und regionale Ausprägungen des Phänomens Kapitalismus analysiert werden können.

Jann, Olaf: Parallelgesellschaften. Eliten und das Elend real existierender Demokratie

„Die Grundform der Herrschaft ist das Racket“ beginnt Max Horkheimer seine Reflexion gesellschaftlicher Machtstrukturen, die nach dem Prinzip Schutz gegen Gehorsam dichotomisch konzipiert sind und beschreibt darin den Kampf einer Elite um die größtmögliche Befehlsgewalt und die Monopolisierung sozialer Vorteile. In einem liberal-demokratischen Paternalismus sollen politische Entscheidungen zwar kommuniziert, aber letztlich doch an den Menschen vorbei implementiert werden. Dabei hat das öffentliche Bekenntnis zur Repräsentativdemokratie längst die Funktion einer Rechtfertigungsideologie übernommen, deren Versprechenskapazität weithin ausgebeutet wird, zugleich aber einen entpolitisierten Zeitgeist befördert, welcher eine Komplizenschaft mit hypermoralisch aufgeladenen identitären Diskursen eingeht, die eine Politik partikularer Anliegen forcieren und das Problem ökonomischer Ungleichverteilung in einem betroffenenökonomischen Sozialmodell politisch überkorrekter und toleranter „bleeding-heart liberals“ (Slavoj Zizek) eliminieren.

Natürlich aber ist es kaum verwunderlich, dass auf Seiten der politischen Klasse keine besondere Neigung besteht, dem Willen des allenfalls theoretischen Souveräns nachzukommen, die politisch Verantwortlichen gesteigerten demokratischen Einfluss-, Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger wenig aufgeschlossen gegenüberstehen. Den Bürgern bleibt damit, außer periodisch wiederkehrender Wahlen, die kaum den Charakter einer effektiven politischen Kontrolle und Einflussnahme hinsichtlich des Regierungshandelns haben, versagt, die politischen Akteure in bestimmender Weise zu evaluieren, zu kontrollieren und zu sanktionieren.

Um dem System organisierter Verantwortungslosigkeit zu begegnen, um dem König demokratietheoretisch den Kopf abzuschlagen, scheint es unumgänglich, der Diagnose von Pierre Bourdieu Folge zu leisten, der anmerkt, „daß bestimmte .. Fehlleistungen nur verringert werden können, wenn man diese Verantwortlichen den Maßstäben unterwirft, die sie für andere durchzusetzen bestrebt sind“.

Langer, Roman, Institut für Pädagogik und Psychologie, JKU: Dynamik der Brutalisierung. Eine Skizze des Zusammenwirkens zentraler Herrschafts- und Anpassungsmechanismen in der Gegenwartsgesellschaft

Dieser Beitrag skizziert eine Diagnose der Gegenwartsgesellschaft an Hand vierer zusammenwirkender sozialer Mechanismen.

(1) Zunächst wird die wirtschaftspolitische Strategie dargestellt, die die Regierungen mächtiger westlicher Staaten seit den frühen 80er Jahren verfolgen, und es wird gezeigt, auf welchem Weltbild sie beruht und welchen Interessen sie dient. Als ihr Kern wird die Verschärfung und Deregulierung von Konkurrenzverhältnissen herausgearbeitet, mit dem Ziel, Vormachtstellungen auf Weltmärkten zu verteidigen oder zu erlangen. Zugleich wird die immanente Tendenz dieser Konkurrenz zur Etablierung autoritärer gesellschaftlicher Strukturen gezeigt.

(2) Als Folge dieser wirtschaftspolitischen Weichenstellungen konnten Eigentümer und Finanzmarktakteure enorme Mengen an Kapital akkumulieren. Aus ihrer dadurch gewonnenen Macht und den dadurch erzeugten

Ungleichheitsverhältnissen ergibt sich eine Eigendynamik, oft als Ökonomisierung aller Bereiche gesellschaftlichen Lebens bezeichnet, die aber besser als Kampf um Akkumulation von Kapital zur Sicherung und Ausweitung des Vermögens, auf gesellschaftliche Strukturen und Akteure einwirken zu können, begriffen werden kann.

(3) In Folge der verschärften Konkurrenz in allen Lebensbereichen, insbesondere aber des Kampfes gesellschaftlicher Eliten um Kapitalakkumulation, ergibt sich der dritte Grundzug gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklung: Die Entkopplung von Symbolik und Praxis. Damit ist gemeint, dass gesellschaftliche Institutionen und Akteure falsche, geschönte Images produzieren, die mit der tatsächlich ablaufenden gesellschaftlichen Praxis so gut wie nichts mehr zu tun haben, sondern einzig den Zweck verfolgen, die Position ihrer Produzenten zu stärken. Dies erzeugt ein qualitativ neues Ausmaß wechselseitigen Misstrauens zwischen gesellschaftlichen Akteuren und der Täuschung der Gesellschaft über sich selbst.

(4) Unterm allgegenwärtigen Konkurrenzdruck entwickelt die akademische Mittelschicht, als Dienstleisterin der ökonomischen und politischen Eliten ein beträchtlicher gesellschaftlicher Machtfaktor, einen Habitus, der voraus eilenden Gehorsam gegenüber den Eliten mit der Neigung zur Bekämpfung tieferer Schichten und hartem internem Kampf kombiniert. Zugleich lehnt sie, wie die Eliten, jede Verantwortung für zerstörerische gesellschaftliche Entwicklungen ab und überträgt sie auf Individuen, insbesondere auf solche aus schwächeren Schichten. Dieser Habitus unterstützt wie selbstverständlich die Eliten auch dann, wenn es den Interessen der akademischen Mittelschicht selbst widerspricht.

Das Resultat dieser vier gleichsinnig wirkenden Tendenzen besteht in einer Brutalisierung der Gesellschaft. Kämpfe werden rücksichtsloser und gleichgültiger gegen die Konkurrenten, gegen Verlierer, aber auch gegen zukünftige schädliche Konsequenzen der eigenen Strategien ausgetragen. Unter diesen Bedingungen wird in Elternhäusern und Bildungsinstitutionen eine neue Generation von Menschen zu roboterhaft-gedankenlosem Anpassungs- und erbarmungslosem Ausführungsverhalten erzogen. Entdemokratisierung ist noch eine freundliche Umschreibung für den Strukturwandel, den die politische Verfassung westlicher Staaten durchlaufen wird.

Müller, Horst, Nürnberg: Zur Latenz und Analytik der Systemalternative in der Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts

Die entscheidende gesellschaftsgeschichtliche Situationseinschätzung im beginnenden 21. Jahrhundert spricht die Weltsystemtheorie aus. Sie geht von der Eröffnung einer chaotischen, noch ergebnisoffenen Übergangsepoche aus und orientiert auf eine utopistische Evaluierung der möglichen Alternativen. Die Konsequenz dieses Ansatzes liegt in der noch kaum ernsthaft erwogenen Bestimmung der modernen Gesellschaft als ‚Übergangsgesellschaft‘. Diese zu begreifen, ist die eigentliche Herausforderung der Gesellschaftstheorie heute. Sie sollte sich nicht damit begnügen, die lang dauernde, finalisierende Bewegung des Alten kritisch oder krisentheoretisch zu kommentieren, sondern sich als Geburtshelferin von etwas Neuem verstehen:

Die Übergangsgesellschaft ist nicht mit kritisch akzentuierten Ansätzen wie etwa der Risikogesellschaft zu fassen. Dabei werden durchschlagende Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie abgeblendet, die akute Frage nach der systemischen Alternative wird nicht gestellt. Demgegenüber wird im Mainstream marxistischer Analysen eine Kapitalismuskritik kultiviert, die im wesentlichen negatorisch bleibt, die Krisen vor allem in Politik umsetzen möchte und dabei ebenso probate wie partikuläre Alternativideen sammelt. Die modernen sozialen Bewegungen operieren folglich immer noch ohne ein konkretes, großräumiges Alternativkonzept. Heute ist klar, dass auch revolutionäre Kommandounternehmen der Vergangenheit und der fälschlich, aus Verlegenheit so genannte Realsozialismus die ‚konkrete Utopie‘ nicht darstellen konnten.

Mit dem Eintritt in die Übergangsperiode erweist sich die nurmehr ‚kritische‘ Theorie als ein überholtes Projekt und die Problemsicht eines traditionellen Marxismus als nicht zureichend. Um die Fundamente einer die Kritik überschreitenden, zur Utopistik fähigen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie überhaupt erst neu zu legen, kann im Anschluß an das Praxiskonzept ‚aus der Marxschen Wurzel‘ eine Konstitutions-, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie der gesellschaftlichen Praxis entwickelt werden, welche das Dialektikerbe neu mobilisiert, die sozialtheoretische Quintessenz aus der Denklinie von Marx über Bloch und Marcuse, den amerikanischen Praxisdenker G.H. Mead eingeschlossen, bis hin zu Bourdieu zieht und jenseits traditioneller Marxismen eine streitfähige Alternative zur System- und Intersubjektivitätstheorie profiliert.

Zu den praxistheoretischen Konzeptualisierungen zählen Begriffe wie widersprüchliche Praxis, Perspektivität und Latenz sowie eine methodisch angeleitete, utopistische Analytik des Praxisformwandels. Dieses Begriffsvermögen

läßt erkennen: Marx' Kritik wurzelt in der totalisierenden Modellierung des erst werdenden Industriekapitalismus. Er hat daraus zwar grundlegende Erkenntnisse gewonnen, aber auch nicht tragfähige ökonomische und politische Schlussfolgerungen gezogen und die Frage nach der Alternative nirgends konkret beantwortet. Das ungeheure Scheitern der wirtschaftsgesellschaftlichen Experimente im Anschluß an die russische Revolution beruhte mit darauf, dass nach Marx keinerlei tragfähiges Konzept einer postkapitalistischen Ökonomie in Sicht kam – es ist auch heute noch nicht identifiziert, sondern Forschungsaufgabe in einer wesentlich veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit. Nach dem Zusammenbruch im Osten schwenkten die betroffenen Gesellschaften wieder in den Mainstream einer inzwischen global aktivierten, mehr oder weniger autoritären oder liberaldemokratischen Gesellschaftlichkeit auf kapitalwirtschaftlicher Basis oder unter kapitalwirtschaftlicher Hegemonie.

Der unentwickelte Industrialismus ist im Fortgang des 20. Jahrhunderts einer urban geprägten sozialkapitalistischen Formierung gewichen. Diese beruht auf einer dreistelligen Reproduktionsordnung. Darin sind die industriewirtschaftliche Warenproduktion, ein breites Feld gesellschaftlicher Arbeit und Produktion in der Form ‚sozialwirtschaftlicher Dienste‘ sowie der moderne Sozialstaat, als eine mächtige Transferagentur, miteinander verschlungen. Erst der sozial-ökonomisch reife Sozialkapitalismus, der weder marxistisch noch von Fortschrittsoptimisten richtig gefasst wurde, enthielt ein in der Sozialstaatlichkeit und der neuen sozialwirtschaftlichen Wirtschaftsabteilung verankertes, transzendierendes Produktivkraftensemble. Dieses stimulierte das System in der Wachstumsphase noch positiv und blieb infolgedessen latent.

Die Veränderung grundlegender Parameter der Reproduktionsordnung, auf welche die neoliberal radikalisierte Kapitalwirtschaft – wie die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt – vergeblich eine Antwort suchte, hebt den fundamentalen Widerspruch zwischen der unabstellbar produktivistischen, zunehmend von Disparitäten und Dysfunktionalitäten gebeutelten alten Kapitalwirtschaft und einer aus der Latenz drängenden, im Grundtyp haushälterischen Sozialwirtschaft als Systemalternative zunehmend an die Oberfläche. Der Widerstand gegen die Privatisierung des Öffentlichen und für eine Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer reprimierten Stellung, Bestrebungen für die Befreiung des Sozialstaats aus der Schuldenfalle und der Umklammerung durch die Kapitalwirtschaft, Zweifel an der einseitigen Exportorientierung, Widerstand gegen Weltmarktdiktate markieren beispielhaft die Frontlinien der Auseinandersetzung.

All dies zeigt, dass Beschreibungen der gesellschaftlichen Entwicklungen im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert – operieren sie nun mit Begriffen wie Spätkapitalismus oder auch Soziale Marktwirtschaft, mit Begrifflichkeiten wie Fordismus oder Wissensgesellschaft, mit neueren Typisierungen wie Neoliberalismus oder Finanzkapitalismus – nicht das Ganze erreichen: Die konkrete Totalität einer formationell widersprüchlichen, auch positiv latenzhaltigen gesellschaftlichen Praxis im Übergangsstadium, in der dialektischen Bewegung eines vollen Praxisformwandels. Die gesellschaftliche und internationale Situation ist insofern doppelbödig, zweidimensional. Sie erscheint chaotisch, denn mit der Vollendung des Weltmarkts sind alle Widersprüche der alten Produktionsweise und Gesellschaftsform in Prozess.

Trotz der verwirrenden Situation und extremen Gefährdungen erscheint die formationelle Transformation, die aus dieser Situation heraus und zu einer zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftlichkeit führt, noch nicht unmöglich. Die Analyse deren Ökonomik, der Basis der Systemalternative, kann aufsetzen auf eine – auch auf Quesnay, Marx und Keynes zurückgreifende – Wert-, Reproduktions- und Praxisanalyse, auf gesamtwirtschaftliche Modellierungen der Reproduktionsordnung und des antizipierten vollen Praxisformwandels. Sie sollte mit einer gesellschaftlichen Debatte über die unhaltbaren Grundlagen und die Korruptiertheit der modernen Wirtschaftswissenschaften einhergehen. Die vielseitigen Kritiken der liberalistischen Ökonomik, die Krisenanalysen und Alternativkonzepte weisen in diese Richtung.

Nach meinen Untersuchungen zu einer ‚Sozialwirtschaft als Systemalternative‘ bleibt ‚Sozialismus‘ als historische Richtungsanzeige, während eine noch konkreter zu erarbeitende Politik des sozial-ökonomischen Umbaus ansteht. Die sozialwirtschaftliche Transformation setzt aufgrund veränderter Wertverhältnisse und Aneignungsformen eine andere Wirtschaftsverfassung in Kraft. Sie impliziert eine systemische Umstimmung, vor allem die Aufhebung des Verwertungs- und Wachstumszwangs, in einem neu konfigurierten, gesellschaftlich kontrollierbaren Entwicklungssystem gesellschaftlich nützlicher Arbeit jeglicher Art. Dessen neues, haushälterisches ökonomisches Kalkül ermöglicht eine Ausrichtung, die nicht nur weg vom konsumistischen Lebensstil führt, sondern im Außenverhältnis auf eine nationalökonomische Konsolidierung zielt. Dies bedeutet eine nicht mehr zwanghaft expansionistische Orientierung, sondern die Möglichkeit, sich in den weltwirtschaftlichen Kontext selbstbewusst und partnerschaftlich einzubetten.

Die Dysfunktionalitäten, Polarisierungen und multiplen Krisenphänomene der bestehenden Praxisformierung zeigen an, dass diese keine positive Perspektive mehr hat: Die neoliberale Initiative hat in eine Sackgasse geführt, der stattdessen jetzt propagierte Green New Deal setzt auf eine neue Belebung der hinlänglich diskreditierten Systemfunktionalität. Eine Rückkehr zum vormaligen Wohlfahrtsstaat und zu sozialdemokratischer Gemütlichkeit erscheint ausgeschlossen. Eher drohen regressive, autoritäre, reaktionäre Lösungen. Der Horizont der Übergangsperiode, der Spielraum für eine noch mögliche positive Wendung bietet, ist wegen ökologischer Schranken oder der existenziellen Gefahr einer ökologischen und nicht ausgeschlossenen atomaren Katastrophe vielleicht auf nur einige Jahrzehnte beschränkt: Die Herausforderungen für die Theorie und in den Entscheidungssituationen der gesellschaftlichen Praxis sind total.

Literatur: Horst Müller (Hg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation. BoD-Verlag, Norderstedt, im November 2010. ISBN 978-3-8391-8822-4. Siehe <http://www.praxisphilosophie.de/prxpubl2010.htm>

Nordmann, Jürgen, ICAE, JKU: Gibt es eine neoliberale Gesellschaft? Theoretische Überlegungen zur Analyse eines ambivalenten Phänomens

Die Gesellschaft ist eine oft verwaiste Stelle in der neoliberalen Theorie. Die Neoliberalismuskritik betont zumeist den deformierenden Charakter des politischen Projektes Neoliberalismus. Neoliberale wie Margaret Thatcher haben die Gesellschaft als zentrale Kategorie dementiert. Nach 30 Jahren Diskurs über die Auswirkungen des Neoliberalismus ist zu fragen, ob die alten Bilder der Gesellschaft nicht weiterentwickelt werden müssen. Immer noch ist die wohlfahrtsstaatliche Gesellschaft der Orientierungspunkt der Gesellschaftstheorie. Das gilt auch für beträchtliche Teile der kritischen Gesellschaftstheorie. Macht es nicht Sinn, nach Jahrzehnten neoliberaler Politik betont auch eine neoliberale Gesellschaft als Hypothese der kritischen Gesellschaftsanalyse anzunehmen?

Sicher sind die Veränderungen der marktkonformen Politik Thema der theoretischen, Begriffsbildenden Gesellschaftstheorie geworden. Trotz Ausdifferenzierung der Disziplinen ist ein Rest synthetischen Wissens auch Teil des liberal-affirmativen Systemdiskurses in den Sozialwissenschaften. Davon zeugen die Begriffe Marktgesellschaft und Wissensgesellschaft. Es wird allerdings aus kritischer und gesellschaftstheoretischer Sicht ein problematischer Zugang gewählt. Die politische Ökonomie der Wissensgesellschaft setzt darauf, die Paradigmen der liberalen Wirtschaftswissenschaft auf die Analyse gesellschaftlicher Prozesse zu übertragen. Im Ergebnis wird eine positive gesellschaftliche Funktionalität durch den Marktkapitalismus vorausgesetzt. Entscheidend für den gesellschaftlichen und individuellen Erfolg sind nicht die Besitzverhältnisse, sondern die Verfügung über das Kapital Wissen. Die kapitalistische Ökonomie und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft werden hier tendenziell und analog der Hayek'schen Vorstellung von der Überlegenheit des verteilten Wissens auf dem Markt in Wissensökonomie aufgelöst.

Aber wie kann diese neoliberal inspirierte Gesellschaft in kritischer Perspektive analysiert werden? Zunächst ist als Hypothese anzunehmen, dass eine Reihe von nachhaltigen Veränderungen der gesellschaftlichen Schichtung und der funktionalen Steuerungen der westlichen Gesellschaft es gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer neoliberalen Gesellschaft zu sprechen. Neben einer neuen, direkteren Umsetzung von Geld in Macht, der Aufgabe des Ziels einer Mittelschichtzentrierten wohlfahrtsstaatlichen Schichtung fallen neue Prioritäten wie Notenbank/Finanzmarkt, Elitenorientierung, Think-Tanks, Politikberatung und unterschichtsvermehrende Exklusionsmuster ins Gewicht. Das neoliberale Projekt scheint krisenfest in der Gesellschaft verankert und die Gesellschaft scheint nicht willens zu sein, von der demokratischen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die den Neoliberalismus tragenden Eliten die Tür der Mitbestimmung wieder zu verschließen. Selbst an Krisen und ihrer Bewältigung knüpft sich kein neues gesellschaftspolitisches Projekt.

Aber ‚Neoliberale Gesellschaft‘ ist in seiner Allgemeinheit kein einfach zu operationalisierender Begriff. Erst eine Klassifizierung von Ausprägungen der neoliberalen Gesellschaft macht das Phänomen sichtbar und einer wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich. Grob lassen sich drei Arten von neoliberalen Gesellschaften unterscheiden:

1. Die neoliberale Gesellschaft als nicht intendierte Konsequenz der stetig notwendigen Durchsetzung neoliberaler Politik in der liberalen Demokratie.
2. Die neoliberale Gesellschaft als autoritäres konstruktivistisches Projekt in Diktaturen oder nach Zusammenbrüchen von Staaten.
3. Die neoliberale Gesellschaft als Parallelgesellschaft innerhalb einer Elitengesellschaft, die versucht, neoliberale Positionen innerhalb der Eliten durchzusetzen und zu stabilisieren.

Um diese Gesellschaftstypen an der Empirie zu bewähren, ist es notwendig, mittels Großtheorien zielführende Hypothesen aufzustellen.

- Welche Zugänge zu einer neoliberal orientierten Gesellschaft erlauben die Ansätze von Foucault, Luhmann, Adorno und Gramsci?
- Sind aus ihnen Entwicklungen abzusehen, wie sie sich dann in der neoliberalen Gesellschaft zeigen?
- In welcher Form ist die inzwischen reiche Empirie neoliberaler Phänomene mit den Typen der neoliberalen Gesellschaft zu synthetisieren?
- Welche Begriffe könnten in Bezug auf die Funktionsebene neoliberaler Gesellschaften operationalisierbar sein?

Diese Fragen will der Vortrag zum Schluss anreißen, um mögliche Forschungsprogramme zu entwerfen und die bisherigen empirischen Studien zu Phänomenen der neoliberalen Gesellschaft theoretisch neu zu bündeln.

Pirker, Reinhard, Institut für Volkswirtschaftslehre WU Wien: Über die Schwierigkeit ökonomischer Theorie, Gesellschaft (mit-)zudenken.

Die (Schottische) Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts, von der sich die ökonomische Disziplin ja herleitet, bot mittels des Begriffs des Selbstinteresses als moralisches Gefühl die Möglichkeit, einen intersubjektiv vermittelten sozialen Raum und damit Gesellschaftlichkeit mitzudenken, was beispielhaft anhand von Adam Smith gezeigt werden kann. Die Übernahme naturwissenschaftlich-mechanischen Denkens in die Ökonomie (z.B. durch John Stuart Mill und dann vor allem auch Jevons) reduziert den Menschen (*homo oeconomicus*) auf eine reine Lust- und Unlustmaschine, die nur mehr von äußeren, mechanischen Anreizen steuerbar ist, wobei die dynamische Generierung eines sozialen Raumes im Gegensatz zu Smith nicht mehr benötigt wird. Gesellschaftlichkeit ist damit „durchgestrichen“. Damit verbunden ist auch eine Enthistorisierung des Denkens. Eine Möglichkeit, diesem Denken entgegenzuwirken, bietet ein heterodoxer Institutionalismus, der mit Rückgriff auf habituelle Gewohnheiten und Routinen explizit gesellschaftstheoretisch vorzugehen sucht.

Schlemermeyer, Jan, Universität Frankfurt: Kritik Politik als Politikwissenschaft? Zur Aktualität der Staatstheorie von Johannes Agnoli und den Chancen der neuen Marxlektüre

In den aktuellen Debatten der materialistischen Theorie sind die Überlegungen von Johannes Agnoli kaum noch Thema (Hirsch 2009; Wissel/Wöhl 2008). Wenn überhaupt, wird auf seine Zeitdiagnose „Die Transformation der Demokratie“ verwiesen (Fisahn 2008; Demirovic 2006), eine Auseinandersetzung mit seiner weitergehenden Untersuchung der Politik im Kapitalismus bleibt jedoch aus. Im Gegensatz zu den breit rezipierten, hegemonietheoretischen Überlegungen scheint Agnolis Ansatz einer „Kritik der Politik“ (Agnoli 1995) ungeeignet für eine Analyse der aktuellen Transformationsprozesse (demokratischer) Staatlichkeit zu sein.

Gleichwohl lassen sich seine Überlegungen für aktuelle Herausforderungen der materialistischen Staatstheorie nutzbar machen. Denn Agnoli setzte sich explizit mit der Frage auseinander, was die von ihm beschriebene Involution demokratischer Mitbestimmungsformen zu Institutionen autoritärer Herrschaft und Manipulation eigentlich evoziert (Agnoli 1995, 198). Damit thematisiert Agnoli genau eine, in der Wirtschaftskrise besonders, virulente Frage materialistischer (Gesellschafts-)Theorie: Wie ist das Verhältnis zwischen „struktureller Identität und Veränderung“ demokratischer Staatlichkeit zu erklären (Esser/Görg/Hirsch 1994)? Was sind die Faktoren der Transformationen?

Mit Agnoli lässt sich dieses „Transformationsproblem“ materialistischer Theorie in mehreren Schritten angehen. An die Stelle einer für die Darstellung sinnvollen, analytisch aber langfristig irreführenden Trennung von statisch-abstrakten sozialen Formen kapitalistischer Reproduktion auf der einen und dynamischen, historisch-konkreten Kämpfen um Transformationsprozesse auf der anderen Seite, tritt hier der Begriff der Reproduktion. Dieser zielt darauf, die immanente Dynamik der strukturellen Probleme kapitalistischer Reproduktion von Gesellschaft, die immer auch die materiellen Existenzbedingungen der Akteure betreffen, fassbar zu machen (Agnoli 2004, 186).

Der Staat ist demnach weder bloß „Überbau“ noch „steuerndes Zentrum“, sondern ein zentraler Knotenpunkt der Regulation in dem so dynamischen wie krisenhaften Reproduktionsprozess des Kapitalismus (ebd., 30). Als solcher ist der Staat aber auch weit mehr als ein strategisches Feld oder eine leere institutionelle Form. Er ist aus institutionellem Eigeninteresse die spezifische Form eines gesellschaftlich bestimmten Inhalts: Der „Garantie der Reproduktion“ (Agnoli 2004, 172). Transformationen demokratischer Staatlichkeit können mithin als strategische Rekonfigurationen der institutionellen Legitimationsmechanismen gedacht werden, die die gesellschaftlichen Widersprüche auf jeweils neuem Niveau kapitalistischer Akkumulation prozessierbar machen (sollen). In der

Kombination mit Überlegungen der Neuen Marx-Lektüre (Postone 2003, 2008) lässt sich so eine Kritik derjenigen hegemonietheoretischen Ansätze formulieren, die Politik wesentlich als das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen verstehen wollen. Gegen diese wäre Politik dann als integraler Teil der kapitalistischen Reproduktion von Gesellschaft durch ihre historische Transformation zu begreifen (Schlemermeyer 2010).

In dem Vortrag soll vor diesem Hintergrund eine Kritik der aktuellen hegemonietheoretischen Ansätze in der materialistischen Theorie entwickelt und eine alternative, analytische Perspektive auf die aktuellen Transformationsprozesse transnationaler demokratischer Staatlichkeit in der EU (Bieling/Steinhilber 2000; Höpner/Schäfer 2008) und im globalen Süden (Atac/Lenner/Schaffar 2008) skizziert werden. Damit soll ein Beitrag zur gesellschaftstheoretischen Fundierung der kritischer Analysen aktueller Transformationsprozesse des Kapitalismus geleistet werden.

Literatur:

- Agnoli, Johannes (1995): Der Staat des Kapitals, Freiburg
- Agnoli, Johannes (1996): Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte, Freiburg
- Agnoli, Johannes (1997): Faschismus ohne Revision, Freiburg
- Agnoli, Johannes / Blanke, Bernhard / Kadritzke, Niels (1997): Alfred Sohn-Rethels – Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Freiburg
- Agnoli, Johannes (1998): 68 und die Folgen, Freiburg
- Agnoli, Johannes (2004): Die Transformation der Demokratie, Hamburg
- Atac, Ilker/ Lenner, Katharina/ Schaffar, Wolfram (2008): Periphere Staatlichkeit – kritische Staatstheorie des globalen Südens, Wien
- Autorenkollektiv (1976): Klassenbewegung und Staat in der BRD, In Backhaus et.al. (1976)
- Backes, Uwe (2005): Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden
- Backhaus, Brandt, Dill et. al. (1976): Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt
- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (2000): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster
- Bretthauer, Lars/ Galles, Alexander/ Kannankulam, John/ Stütze, Ingo (2006): Poulantzas lesen – zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg
- Burgmer, Christoph (2002): Das negative Potential – Gespräche mit Johannes Agnoli, Freiburg
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt
- Demirovic, Alex (2003): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie, Stuttgart
- Demirovic, Alex (2006): Volkes Herrschaft?, In Bretthauer et.al (2006), Hamburg
- Esser, Josef/Hirsch, Joachim/Görg, Christoph (1994): Politik, Institution und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg
- Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel – Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, Köln
- Frankenberg, Günter et al. (1989): Die demokratische Frage, Frankfurt
- Grigat, Stephan (2000): Die Kritik der Politik, Das Elend der Politikwissenschaft und der Staatsfetisch in der marxistischen Theorie, Seite 145-171 in Bruhn/Dahlmann/Nachtmann Hrsg. (2000): Kritik der Politik – Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag, Freiburg
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie, Hamburg
- Hirsch, Joachim/ Kannankulam, John / Wissel, Jens (2008): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft, Baden-Baden

- Höpner, Martin / Schäfer, Martin (2008): Die politische Ökonomie der europäischen Integration, Frankfurt
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus – Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg
- Klopotek, Felix (2009): Die Marx Überwinder, in Jungle World Nr. 3, 15. Januar 2009
- Mandel, Ernest/Agnoli, Johannes (1980): Offener Marxismus, New York
- Marx, Karl (1979): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. MEW Bd. 23, Berlin
- Nachtmann, Clemens et. al. (1995): Geduld und Ironie – Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Freiburg
- Offe, Claus (2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt
- Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft, Freiburg
- Postone, Moishe (2008): Kritische Kapitalismustheorie heute : Brenner, Arrighi, Harvey und antikapitalistische Strategien, Hamburg
- Sauer, Birgitt (2003): Den Staat verhandeln. Zum Zusammenhang von Staat, Demokratie und Herrschaft, In: Demirovic, Alex (2003)
- Schlemmermeyer, Jan (2010): Kritik der Politik als Politikwissenschaft?, In PROKLA 160
- Stützle, Ingo (2009): To be or not to be Kenyesian – ist das die Frage?, In PROKLA 157
- Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen, Baden-Baden
- Wissel, Jens/ Wöhl, Stefanie (2008): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen, Münster
- Wolfe, Alan (1977): The Limits of Legitimacy – Political Contradictions of Contemporary Capitalism, New York

Thomasberger, Claus, HS für Technik und Wirtschaft Berlin: ‚Sein und Bewusstsein‘. Propaganda und ‚objektive Realität‘ in der neoliberalen Gesellschaft

Im Kern geht es um drei Fragen, die, so denke ich, sehr gut zur Tagung passen. Die erste: Warum kommt der Produktion von Bildern und Stereotypen, der Propaganda und der planmäßigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung heute eine so bedeutsame Rolle zu? Die zweite: Warum verschwindet in den neoliberalen Ansätzen die Gesellschaft aus dem Blickfeld, wird ersetzt durch mikroökonomische oder mikrosoziologische Fragestellungen? Und die dritte: Welchen Charakter müsste eine demokratische Sozialwissenschaft haben, d.h. eine Wissenschaft, die nicht den Anschein erweckt, den Menschen zu sagen, was sie tun müssen, sondern die sie darin unterstützt, freie Entscheidungen zu treffen? Die drei Fragen sind eng miteinander verknüpft.

Um hier eine Antwort zu finden, müssen wir, so meine Überzeugung, zurück zu den Anfängen des 20. Jh. Der Knackpunkt erscheint mir der folgende zu sein: Wenn Gramsci die russische Revolution als die Revolution gegen das Kapital von Karl Marx charakterisiert, weil sie „mehr von der Ideologie als von den Tatsachen hervorgebracht worden“ war, wenn Walter Lippmann in „Die öffentliche Meinung“ herausstreicht, dass es auf die Vorstellungen und Ideen ankommt, die sich die Menschen von der Welt machen, weil diese ihre Handlungen bestimmen, und wenn Mises in der „Gemeinwirtschaft“ betont, dass nicht Lenins Kanonen, sondern die bolschewistischen Ideen dessen Kraft ausmachen, so bringen sie alle dieselbe Erkenntnis zum Ausdruck, die letzterer später in dem Satz zusammenfassen wird: „Die Gesellschaft ist ein Produkt der Ideologie, und nicht die Ideologie ein Produkt der Gesellschaft“.

Nun wirft eine Interpretation, die diese Umkehr des Verhältnisses von Denken und Sein gegenüber den Theorien des 19. Jahrhunderts (erinnert sei an Marx' berühmten Satz: „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein“) wörtlich nimmt, ein grundlegendes Problem auf: Die Gedanken sind frei und vielfältig. Aber offensichtlich lässt sich nicht alles, was gedacht werden kann, auch realisieren. Manches geht nicht. Anderes produziert unerwünschte, nicht-intendierte Effekte. Und mehr noch: Die Ideale, an denen wir uns orientieren, lassen sich per Definition nicht verwirklichen, zumindest nicht vollständig. In welchem Verhältnis stehen beide Seiten? Wo liegen die Grenzen, die der Verwirklichung von Ideen und Idealen entgegenstehen?

Was die neoliberalen Gesellschaftstheorien auszeichnet, ist, dass sie die Unabhängigkeit des Bewusstseins vom

Sein nicht einfach hinnehmen, sondern als Herausforderung begreifen. Die Protagonisten des Neoliberalismus wissen, dass die Zustände, in der die Menschen (wie die Theorien!) in naiver Form an die Objektivität des Seins glaubten, für immer verloren sind. Und sie schlussfolgern daraus, dass der ökonomische Liberalismus nur wiederbelebt werden kann, wenn er es sich zur Aufgabe macht, das Gesellschaftsbewusstsein (die Ideologien) aktiv zu formen, d.h. die öffentliche Meinung im Sinne der liberalen Ideen zu beeinflussen. Die Gründung von Think-Tanks, die Besetzung von Schlüsselpositionen in Wissenschaft und Forschung, die Produktion von Bildern und Stereotypen sowie die Propaganda erscheinen ihnen – und das ist konsequent – als die praktischen Maßnahmen, die es zu ergreifen gilt, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

In anderen Worten: Die liberale Welt des 18. bzw. frühen 19. Jahrhunderts, die die Menschen hinnahmen, weil sie an deren Objektivität glaubten, bleibt das Ideal des Neoliberalismus. Dorthin will er zurück. Die Entdeckung der Unabhängigkeit des Bewusstseins vom Sein erscheint ihm als Bedrohung, die die Monster des Bolschewismus, der Planwirtschaft und des Faschismus auf den Plan gerufen hat. Er akzeptiert, dass die Erkenntnis der Kraft der Ideen sich zwar so wenig rückgängig machen lässt wie die Vertreibung aus dem Paradies. Aber er versucht das, was de facto nicht existiert, im Denken wiederherzustellen: die Logik der neoliberalen Theoriebildung besteht darin, ganz bewusst das Bewusstsein an das (neoliberal interpretierte) Sein zurückzubinden.

Die Kerngedanken sind drei: a) es gibt nur ein objektives Sein; b) nur jenes Bewusstsein, das diesem Sein entspricht, erreicht seine Ziele (Problem der nicht-intendierten Folgen: die Brücke zu Popper); und c) das wirkliche Sein fällt mit der wirtschaftsliberalen Interpretation desselben zusammen – d.h. mit der Unterscheidung des Bewusstseins, das für die ökonomischen Phänomene konstitutiv ist (methodische Individualismus, Mikrotheorie), vom Nachdenken über die Phänomene (Makrotheorien). Nur ersteres könne, so Hayek, als Tatsache oder als Sein betrachtet werden. Der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang sei folglich nur als eine nichtintendierte Folge der Handlungen der Einzelnen zu begreifen. Jede andere Interpretation sei nicht mehr als eine irreführende Spekulation. So unterschiedlich die Ansätze im Detail sind, dem subjektiven Ansatz von Mises und Hayek, dem kritischen Rationalismus Poppers und der ‚Positiven Wissenschaft‘ Friedmans ist gemein, dass sie von der Unterstellung ausgehen, dass das Bewusstsein, die Ziele, die es anzustreben, bzw. die Voraussagen, die es zu testen gilt, zunächst vom Sein unabhängig sind. Sie betrachten es als die Aufgabe der Wissenschaft – sei es auf dem Weg der Introspektion, des Prozesses von Versuch und Irrtum oder der Falsifikation von Hypothesen – das Denken auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen.

Dabei verstehen sich die Protagonisten des Neoliberalismus als die auserwählte Elite, der es vorbehalten ist, das wirkliche Sein erkannt zu haben. Sie fühlen sich daher nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, ihrem Wissen in der Welt Geltung zu verschaffen (auch und gerade, wenn die Mehrheit anderer Meinung ist: daher das widersprüchliche Verhältnis zur Demokratie!).

Wenn diese Skizze zutrifft, so bedeutet dies, dass das neoliberale Denken eine radikale und ganz und gar einseitige Antwort auf das Grundproblem beinhaltet, das sich aus der Umkehr des Verhältnisses von Sein und Bewusstsein ergibt. Es beantwortet die Frage nach den Grenzen, die der Verwirklichung von Ideen und Idealen entgegenstehen, in autoritärer Weise: Nur die wirtschaftsliberalen Ideen, so das Selbstverständnis, lassen sich verwirklichen, alle anderen sind zum Scheitern verurteilt (TINA) und/oder entfalten ganz andere als die intendierten Wirkungen!

Nun genügt es, das, was der Neoliberalismus über sich selbst denkt, zu ersetzen durch das, was er de facto macht. Auch wenn er die ganze Autorität der Wissenschaft bemüht, um die angebliche Objektivität der eigenen Idee zu belegen, so ändert dies nichts daran, dass das, was er als Sein ausgibt, in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Gedankenkonstrukt, eine partikuläre Idee, Ausdruck des liberalen Bewusstseins, d.h. eine Ideologie, auch wenn sie sich – wie Bourdieu formuliert – als wissenschaftliche Beschreibung der Welt zu gebärden versteht.

Damit aber stehen wir vor der großen Frage: Wenn sich die Objektivität der wirtschaftsliberalen Weltsicht als Schein erweist, verfügen wir über irgendeine Vorstellung, die diesem Anspruch eher gerecht wird? Können wir eine bessere Theorie konstruieren, die das erfüllt, was der Neoliberalismus zu sein versprach? Können wir eine Weltsicht entwickeln, die mehr ist als eine Ideologie neben anderen? Ich bin skeptisch, und ich denke, wir können die Frage nicht beantworten, denn sie ist falsch gestellt. Warum sollten wir nicht anerkennen, dass jedes Sein, das wir zu konstruieren versuchen, immer ein Konstrukt des Bewusstseins bleibt? Warum nicht akzeptieren, dass die Idee eines objektiven gesellschaftlichen Seins nichts anderes ist als eine im Kern eine autoritäre und irreführende Idee? Muss es eine Autorität geben, die uns sagt, was wir denken müssen?

Meine Vorstellungen tendieren dazu, die Frage nach der richtigen Erkenntnis der Wirklichkeit durch die andere Frage zu ersetzen: Welche Vorstellungen und Ideale können verwirklicht werden? Sicher ist es richtig, dass sich nicht alle Ideen und Vorstellungen realisieren lassen. Aber welche Notwendigkeit besteht, die Ideen an ein irgendwie geartetes Sein rückzubinden? Die eigentlichen Fragen sind doch: Was geht? Welche unbeabsichtigten Rückwirkungen sind zu berücksichtigen? Wie wollen wir mit diesen umgehen? Welche Ideen lassen sich realisieren? Wie und bis zu welchem Punkt? Und gilt nicht auch für den ökonomischen Liberalismus, dass er auf illusorischen, d.h. im Kern unerfüllbaren Versprechungen aufbaut? Die Diskussionen über die ‚Sustainability‘ verschiedener Marktkonstellationen, entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen, ja des Kapitalismus in seiner Gesamtheit zielen in diese Richtung. Was ist möglich und in welchem Umfang? Dies würde eine Neudefinition der Aufgabe der Sozialwissenschaften bedeuten, eine Fassung, die die Bezeichnung ‚demokratische Sozialwissenschaft‘ verdient. Karl Polanyi hat diesen Gedanken schon vor vielen Jahren vorweggenommen, als er formulierte: „Diese Wissenschaft hätte vornehmlich die Aufgabe, statt die vermeintlichen Gesetze, unter denen angeblich alles Menschliche steht, zu entwickeln, umgekehrt die Grenzen der menschlichen Freiheit innerhalb der Gesellschaft hinauszurücken, indem sie diese Gesetze als die unbeabsichtigter menschlicher Handlungen aufzeigt und damit den Geltungsbereich des freiwilligen Willens ausdehnt. ... Nicht die „Gesetze“ sondern die Freiheit des Menschen innerhalb der Gesellschaft wäre der Hauptgegenstand dieser Soziologie.“

Wöhl Stefanie, Institut für Politikwissenschaften, Uni Wien: Gouvernamentalität- eine machttheoretische Perspektive auf Politik, Ökonomie und Gesellschaft

In meinem Beitrag möchte ich das analytische Potential einer poststrukturalistischen Theorieperspektive auf Demokratie und Gesellschaft ausloten, wie sie von Wendy Brown konzeptualisiert wird. Wendy Brown erläutert im Anschluss an die Studien zur Gouvernamentalität von Michel Foucault, wie sozial differenzierte Subjektpositionen in modernen Demokratien theoretisch und gesellschaftspolitisch erfasst werden müssten, um die Auswirkungen der politischen Rationalität des Neoliberalismus greifbar zu machen, die selbst noch das liberale Demokratieverständnis aushöhlt.

Im Anschluss an Wendy Brown möchte ich unter Bezugnahme auf weitere AutorInnen der Frage nachgehen, welche neuen Herrschaftseffekte gegenwärtig in liberalen Demokratien aufgrund der zunehmenden Erosion der Demokratie durch Marktmechanismen und einer neoliberalen Marktrationalität produziert werden und warum es daher einer ausführlichen demokratiethoretischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der politischen Rationalität des Neoliberalismus bedarf.

Hierfür werde ich auf die bestehenden Paradoxien liberaler Demokratietheorie eingehen, um die politische Rationalität des Neoliberalismus im Anschluss an Wendy Brown zu erläutern und schließlich Konsequenzen einer neoliberalen politischen Rationalität für Demokratie und Gesellschaft darstellen, um mögliche theoretische und politische Gegenstrategien diskutieren zu können.

Auswahl Literatur:

- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000. Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.
- Brown, Wendy (2005). Edgework. Critical Essays on Knowledge and Politics, Princeton.
- Brown, Wendy (2009). Nous sommes tous démocrates à présent..., in: Agamben, Giorgio et al. Démocratie, dans quel état?, Paris, 59 – 75. Erscheint auf deutsch im Januar 2011 beim suhrkamp Verlag unter dem Titel: « Demokratie. Eine Debatte ». Mit Beiträgen von Giorgio Agamben, Alain Badiou, Daniel Bensaïd, Wendy Brown, Jean-Luc Nancy, Jacques Rancière, Kristin Ross und Slavoj Žižek.